

Pressemitteilung

FidAR: Bei der Gleichstellung darf es kein „Zurück auf Null“ geben! Auch ohne weiteren gesetzlichen Druck müssen Unternehmen gleichberechtigte Teilhabe umsetzen

Berlin, 09.02.2018: Mit den im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen zur Gleichstellung erhöht die künftige Bundesregierung den Erwartungsdruck auf Privatwirtschaft und öffentliche Unternehmen, mehr Frauen in Führungspositionen zu berufen. „Noch vorhandene strukturelle Hemmnisse“ sollen abgebaut, auf der Basis einer „ressortübergreifenden Gleichstellungsstrategie“ soll ein Aktionsplan erarbeitet und umgesetzt werden. An der Stelle weiterführender gesetzlicher Maßnahmen erhält die Wirtschaft aber nochmals fünf Jahre Aufschub, um auf der Basis der gesetzlich vorgeschriebenen Zielgrößen für den Frauenanteil in Aufsichtsrat, Vorstand und den obersten zwei Managementebenen selbstbestimmt Fortschritte zu erreichen.

„Auch ohne zusätzlichen staatlichen Druck können die Unternehmen jetzt ihren Veränderungswillen unter Beweis stellen. Wir sind gespannt auf die Ergebnisse. Es gibt jedoch kein ‚Zurück auf Null‘. Wer null Frauen hat und mit null Frauen plant, steht unter erhöhter Rechtfertigungspflicht. Wir begrüßen, dass die Bundesregierung hier künftig genauer hinsieht. FidAR wird die Entwicklung messen und transparent machen. Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache, die von Vorständen und Aufsichtsräten verstanden wird. Die Frauen werden bei der Wahl ihres Arbeitgebers darüber abstimmen, ob sie frauenfreie Führungsetagen und eine Personalentwicklung ohne Frauen wirklich überzeugen“, erklärt FidAR-Präsidentin Monika Schulz-Strelow.

Das im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD vereinbarte Ergebnis geht zwar weiter als die zwei Zeilen zur Gleichberechtigung im Sondierungspapier der Jamaika-Koalition. Allerdings haben auch die Verhandlerinnen der Großen Koalition nur wenige konkrete Schritte zur weiteren Stärkung der Chancengleichheit vereinbart.

Eine zentrale Forderung von FidAR im Verbund mit den 16 Verbänden der Berliner Erklärung war, die bisher nur für knapp über 100 Unternehmen geltende gesetzliche Quote auf mehr Unternehmen auszudehnen. Dies wurde aber mit dem Argument abgelehnt, die ‚Wirtschaft dürfe nicht weiter belastet werden‘. „Dabei sind Frauen in den Leitungs- und Kontrollgremien ein Gewinn für die Unternehmen. Wer das nicht erkennt, verliert wichtige Leistungsträger“, warnt Schulz-Strelow. „Mehr Frauen in den eigentlichen Machtzentralen der Unternehmen heißt, dass Gleichberechtigung als ein zentraler Bestandteil der Unternehmensentwicklung gelebt wird. Wir werden daher die Unternehmen stärker in den Fokus rücken, für die die Quote zwar nicht gilt, die aber als börsennotierte oder mitbestimmte Konzerne ihr Engagement deutlich erhöhen müssten.“

„Mehr gleichberechtigte Teilhabe sollte eigentlich eine politische Selbstverständlichkeit sein, und kein Streitpunkt in Koalitionsverhandlungen“, betont die FidAR-Präsidentin. „Das Gesetz für gleichberechtigte Teilhabe in der letzten Legislaturperiode war kein Wahlgeschenk an die Frauen, sondern das Ergebnis der jahrelangen Untätigkeit der Konzerne. Die Akteure hatten sich die Quote selbst verdient, wie Bundeskanzlerin Merkel beim W20-Gipfel in Berlin zutreffend argumentierte.“

FidAR wird bei den Untersuchungen für den Women-on-Board-Index die von den Unternehmen selbst definierten Zielgrößen intensiv prüfen und sowohl die Unternehmen herausstellen, die strategisch mit mehr Frauen planen, als auch die Null-Frauen-Unternehmen, die keine Frauen in der Führungsspitze haben und auch nicht planen, Frauen in die Führung zu berufen. „Niemand in Personalverantwortung soll glauben, er könne sich jetzt fünf Jahre entspannt zurücklehnen“, so Schulz-Strelow.

Die Initiative FidAR steht mit ihren Forderungen nicht allein. Gemeinsam mit 16 weiteren Frauenverbänden, die sich zur [Berliner Erklärung 2017](#) zusammengeschlossen haben, setzt sich der Verein für eine messbare Erhöhung des Frauenanteils auf allen Führungsebenen und für eine faire Bezahlung von Frauen auf allen Unternehmensebenen sowie für transparentes Monitoring der

entsprechenden Gesetze ein. Teile der Forderungen - wie der Aktionsplan - wurden in den Koalitionsvertrag aufgenommen. FidAR wird weiterhin mit der Berliner Erklärung daran arbeiten, das öffentliche Bewusstsein für notwendige Veränderungen zu schärfen.

Die ausführlichen **Studien zum WoB-Index 185** und zum **Public WoB-Index** vom Juni 2017 können unter www.wob-index.de eingesehen werden.

Ihre Ansprechpartnerin

Monika Schulz-Strelow, Präsidentin FidAR – Frauen in die Aufsichtsräte e. V.
Tel.: +49 (30) 887 14 47 13, E-Mail: monika.schulz-strelow@fidar.de

Pressekontakt:

Matthias Struwe | Eye Communications | Agentur für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Tel.: +49 (7 61) 137 62-21, E-Mail: m.struwe@eyecommunications.de

Über FidAR:

FidAR – Frauen in die Aufsichtsräte e.V. ist eine überparteiliche und überregionale Initiative, die 2006 von Frauen in Führungspositionen in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik ins Leben gerufen wurde. FidAR strebt eine nachhaltige Erhöhung des Frauenanteils in den Aufsichtsräten deutscher Unternehmen und die Verbesserung der Unternehmenskontrolle an. Ziel der Initiative ist die paritätische Besetzung aller Führungspositionen in der deutschen Wirtschaft. FidAR verfolgt diese Ziele im engen Austausch mit Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und in Kooperation mit den relevanten Wirtschafts- und Frauenverbänden. FidAR ist aktives Mitglied im europäischen Netzwerk EWoB- European Women on Board (www.ewob-network.eu). Mehr Informationen zu FidAR im Internet unter www.fidar.de.